



1 **Beschlussbuch**
2 **Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden**
3 **26. Juni 2011**

4
5 **Jugendhaus Roter Baum e.V., Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden**
6

7
8 **Inhaltsverzeichnis:** Seite

9				
10	1)	A1	Antrag zum geplanten Übergangwohnheim für	2
11			Asylbewerber/Flüchtlinge in Dresden-Pieschen	
12	2)	A2	Öffentlichen Verkehr in Sachsen nachhaltig stärken	3
13	3)	A3	Elbdampfer ja! – Frachtkanal nein!	5
14	4)	A4	Inklusion vorleben – Barrierefreie und	6
15			Behindertengerechte BürgerInnenbüros einrichten	
16	5)	A5	Barrierefreie und behindertengerechte Parteitage	7
17	6)	A6	Basisdemokratie herstellen	8
18	7)	A8	Verpflichtung von Zugangsanbietern zur Zwangstrennung	9
19			und dynamischen Vergabe von IP-Adressen bei privaten	
20			Nutzer_innen	
21	8)	A10	Wie lange darf in Deutschland noch korrumpiert werden?	10
22			UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren	
23	9)	A11	Antrag zur EU-Flüchtlingspolitik	11
24	10)	A12	Seniorpartners in Schools e.V. (SiS) erhalten –	12
25			Ehrenamtliche Senior_innen-Arbeit an Schulen fördern	
26	11)	A13	Oberstufenreformreform	13
27	12)	A14	Leitungswasser für das Dresdner Rathaus und den	14
28			sächsischen Landtag	
29	13)	A15	Privatisierung kommunaler Krankenhäuser verhindern	15
30	14)	A16	Konzept der Gemeinschaftsschule erhalten	16
31	15)	A17	Verbesserung der Kommunikation bei den Jusos Sachsen	17
32	16)	A18	Arbeitsfähigkeit sichern – Legislatur verkürzen	18
33	17)	R1	Inklusion	19
34	18)	R2	Keinen Schritt weiter! – Polizeiwillkür Riegel	23
35			vorschieben! – CDU-Hardliner stoppen	



1 **A1**

2

3 AntragsstellerIn: AK Internationales (Moritz Neugebauer) und AK Integration (Maher
4 Arzouni)

5

6 **Titel: Antrag zum geplanten Übergangwohnheim für Asylbewerber_innen /**
7 **Flüchtlinge in Dresden-Pieschen**

8

9 **Weiterleitung: ---**

10

11 Im Jahr 2012 wird in Dresden-Pieschen ein neues Übergangwohnheim für ca. 50
12 Asylbewerber_innen auf der Großenhainerstr. 92 eingerichtet. Hierzu fordern wir, die
13 Jusos des UB's Dresden, dass die Dresdner Stadtverwaltung ein
14 Betreuungsprogramm für die Asylbewerber_innen einrichtet, um ihren Aufenthalt in
15 Dresden zu erleichtern. Ebenfalls soll die Stadtverwaltung die Dresdner Öffentlichkeit
16 umfassend von der Einrichtung des neuen Übergangwohnheims unterrichten.
17 Ebenso muss die Stadtverwaltung eine dezentrale Unterbringung der
18 Asylbewerber_innen innerhalb eines halben Jahres gewährleisten.

19

20 Bezüglich der Integration der Asylbewerber_innen setzen wir uns zum Ziel, dass ein
21 Sommerfest (2012) für die Asylbewerber_innen abgehalten wird, um sie bei uns in
22 Dresden willkommen zu heißen. Sollte es zu weiteren rassistischen Hetzen
23 vonseiten der NPD gegen das neue Übergangwohnheim und seine
24 Bewohner_innen kommen, so wie es an Christi Himmelfahrt 2011 in Form von
25 Flugblättern in pieschener Briefkästen geschah, werden wir uns dagegen in der
26 Öffentlichkeit äußern sowie uns mit den Betroffenen solidarisieren. Es werden auch
27 Kontraktionen von uns angeführt. Das Betreuungsprogramm für die
28 Asylbewerber_innen in ganz Dresden in allen Asylbewerber_innenheimen muss
29 zukünftig über adäquate und zielorientierte sozialpädagogische Betreuung, nach
30 aktuellen sozialwissenschaftlichen Standards, verfügen.



1 **A2**

2
3 AntragstellerIn: Stefan Engel

4
5 **Titel: Öffentlichen Verkehr in Sachsen nachhaltig stärken**

6
7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen,
8 Unterbezirksparteitag SPD Dresden, Landesparteitag SPD Sachsen

- 9
10
11 1. Das „Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen
12 (ÖPNVG)“ unter folgenden Gesichtspunkten zu ändern:
- 13
14 a. Die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen
15 Personennahverkehrs nicht mehr als „freiwillige Aufgabe der
16 Landkreise und kreisfreien Städte“ zu definieren (§3), sondern den
17 Schienenpersonennahverkehr als Aufgabe des Freistaats festzulegen.
18 Die Aufgabenträgerschaft für den Straßenpersonennahverkehr und
19 Sonderverkehrsmittel (Fähren, Bergbahnen etc.) soll weiterhin mit
20 Ausnahme landesbedeutsamer Verkehrslinien in den Händen der
21 Landkreise liegen. Dementsprechend soll der Freistaat auch die
22 Befugnis bekommen, zum Zweck der Herstellung von durchgehenden
23 landesbedeutsamen Verbindungen in die Aufgabenträgerschaft der
24 Landkreise begründet einzugreifen.
 - 25
26 b. Die dann zuständigen Aufgabenträger können auf Antrag ihre Aufgabe
27 an die Landkreise bzw. Gemeinden weitergeben. (Land □ Landkreise;
28 Kreis → Gemeinden)
 - 29
30 c. Die Einführung eines sachsenweiten integralen Taktfahrplans (ITF) in
31 der Zielstellung festzuschreiben (§2).
 - 32
33 d. Eine Mindestbedienung im Sinne des ITFs durch den Öffentlichen
34 Verkehr für ländliche Räume festzuschreiben (denkbar sind auch
35 flexible Bedienformen) (§2)
 - 36
37 e. Den Öffentlichen Verkehrsmitteln auch außerhalb der
38 Verdichtungsräume Vorrang einzuräumen (§2 Absatz 3)
 - 39
40 f. Einen einheitlichen Nahverkehrsraum Sachsen zu bilden und dort auch
41 die Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und den Kreisen bzw.
42 kreisfreien Städten zu organisieren (§4). Dieser einheitliche
43 Nahverkehrsraum erarbeitet dann auch einen sachsenweiten
44 Nahverkehrsplan mit den im ÖPNV-Gesetz bereits benannten
45 Grundsätzen (§5)
- 46
47 2. Eine Landesnahverkehrsgesellschaft, als 100-prozentige Tochter des
48 Freistaats, nach dem Vorbild von Niedersachsen (LNVG) bzw. Bayern (BEG)



- 49 zu gründen und diese dann mit der Bestellung von
50 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bzw. anderen landesbedeutsamen
51 Linien zu beauftragen. Ihr obliegt dann auch die Realisierung und
52 Koordinierung des Integralen Taktfahrplans (ITF) und die Koordinierung der
53 Regionalisierungsmittel des Bundes für Investitionskosten.
54
- 55 3. Die vom Bund ausgegebenen Regionalisierungsmittel zur Bestellung von
56 Nahverkehrsleistungen und zur Finanzierung von Investitionen (Fahrzeuge,
57 Bahnhöfe etc.) in Zukunft wieder in voller Höhe an die Aufgabenträger
58 weiterzugeben. Von 2009 bis 2012 würde dies in Sachsen allein 144.524.700
59 Euro an Betriebskosten und 100.933.700 Euro an Investitionskosten
60 ausmachen.¹ Hiermit würde man die Kürzungen der schwarz-gelben
61 Regierung in Sachsen wieder rückgängig machen.
62 Ein Angebotsausbau wäre bei der vorgesehenen jährlichen Steigerung der
63 Bundesmittel um 1,5% sehr gut möglich.
64
- 65 4. Darauf zu drängen im sächsischen Nahverkehr eine einheitliche Tarifstruktur
66 zu schaffen, zum Beispiel mit der Schaffung eines einheitlichen
67 Verkehrsverbundes. Es soll ermöglicht werden mit einem Fahrschein die
68 verschiedensten Verkehrsmittel zu benutzen und das sachsenweit.
69 Zu prüfen ist, in welcher Form der bisher drei Bundesländer umfassende
70 Mitteldeutsche Verkehrsverbund im Raum Halle-Leipzig integriert werden
71 kann.
72
- 73 5. Wir fordern eine bundesweite Abstimmung der verschiedenen Träger im
74 Personennahverkehr.



1 **A3**

2

3 AntragstellerIn: Stefan Engel

4

5 **Titel: Elbdampfer ja! – Frachtkanal nein!**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen,
8 Unterbezirksparteitag SPD Dresden, Landesparteitag SPD Sachsen

9

- 10 1. Den immer beabsichtigten Ausbau der Elbe auf durchgehend 1,60m
11 Fahrinnentiefe (345 Tage im Jahr) endlich zu stoppen und die Elbe als
12 naturnahen Fluss zu erhalten und zu renaturieren. Die zukünftige Nutzung
13 sollte an die natürlichen Bedingungen angepasst werden.
- 14 2. Beim Bundesverkehrsministerium auf die Durchsetzung dieser Forderung zu
15 drängen (Änderung des Bundesverkehrswegeplans, Aufgabenanpassung bei
16 der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes).
- 17 3. In den sächsischen Häfen Dresden, Riesa und Torgau ökonomische
18 Alternativen zur Binnenschifffahrt zu fördern.
- 19 4. Gegenüber der tschechischen Regierung sich ebenfalls für den Stopp der
20 dann ökonomisch völlig sinnlosen Flussausbauten (Staustufen wie bei Děčín,
21 Flussvertiefung) einzusetzen.
- 22 5. Den betroffenen Güterkunden Förderung zum Übergang auf den
23 Schienenverkehr anzubieten.



1 **A4**

2

3 AntragstellerIn: Sebastian Storz

4

5 **Titel: Inklusion vorleben – Barrierefreie und behindertengerechte**
6 **BürgerInnenbüros einrichten**

7

8 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Landesparteitag
9 SPD Sachsen

10

11 Die Jusos Sachsen fordern dazu auf, dass Abgeordnete der SPD, die ein
12 bestehendes Büro haben, auf eine Barrierereduzierung hinarbeiten. Büros, die ab
13 der nächsten Legislaturperiode eingerichtet werden, sollten Barrierefreiheit¹
14 anstreben.

15

16 Abgeordnetenbüros, in denen z.B. Ortsvereine und/oder Unterbezirke ihre Sitzungen
17 und Veranstaltungen durchführen, müssen barrierefrei oder zumindest
18 barrierereduziert sein. Dies gilt insbesondere auch für Landes-, Regional- und
19 Kreisgeschäftsstellen. Die bestehenden Objekte sind entsprechend umzurüsten, für
20 die Anmietung bzw. den Erwerb neuer Objekte gilt die Voraussetzung der
21 Barrierefreiheit verbindlich.

22

23 Reine BürgerInnenbüros müssen ebenfalls barrierefrei sein. Die bestehenden
24 Objekte sind entsprechend umzurüsten, für die Anmietung bzw. den Erwerb neuer
25 Objekte gilt die Voraussetzung der Barrierefreiheit verbindlich.

26

27 Des Weiteren ist neben der räumliche Infrastruktur ebenso auf Aspekte
28 behindertengerechter BürgerInnennähe und Öffentlichkeitswirksamkeit zu achten.
29 Diesbezüglich sollten bspw. die Büroschilder der Abgeordneten- und
30 BürgerInnenbüros mit Brailleschrift versehen werden. Daneben sollte in jedem Büro
31 ein Grundstock an Visitenkarten und Flyern in Brailleschrift vorhanden sein.

32 Außerdem sollte leichte Sprache² auf Flyern und Plakaten, die in oder an den Büros
33 ausliegen bzw. angebracht sind, verwendet werden, um auch Menschen mit
34 Lernbehinderungen und Hörbehinderung zu erreichen.

35

36 Über zusätzliche technische Vorkehrungen, die der Behindertengerechtigkeit dienen,
37 ist nachzudenken. Ein Beispiel hierfür wäre eine elektronische Ansage („Herzlich
38 Willkommen im SPD-BürgerInnenbüro von ...“), die beim Betreten des Büros ertönt.



1 **A5**

2

3 AntragstellerIn: Sebastian Storz

4

5 **Titel: Barrierefreie und behindertengerechte Parteitage**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Landesparteitag
8 SPD Sachsen, Bundeskongress der Jusos

9

10 Ab 2012 sind Tagungsorte für Parteitage und Bundeskongresse der SPD oder Jusos
11 bzw. vergleichbare Tagungen / Konferenzen ihrer Arbeitsgruppen (z.B.
12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos) nach folgenden Kriterien auszuwählen:

13

- 14 • Behindertengerechte und barrierefreie Tagungsorte
- 15 • Behindertengerechte und barrierefreie Übernachtungsmöglichkeiten

16

17 Zudem ist im Vorfeld des jeweiligen Parteitages und Bundeskongresses zu
18 gewährleisten, dass folgende Angebote bereitgestellt werden:

19

- 20 1. GebärdensprachedolmetscherInnen
- 21 2. Antragsbücher in Brailleschrift



1 **A6**

2

3 AntragstellerIn: Hannah Gilles

4

5 **Titel: Basisdemokratie herstellen**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Bundeskongress
8 der Jusos

9

10 Die Jusos definieren sich als basisdemokratischer Jugendverband, der es möglichst
11 vielen Menschen ermöglicht an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Dem
12 entgegen steht die derzeit gängige Praxis auf Bundeskongressen, die nicht
13 behandelten Anträge nicht noch zu bearbeiten. Wir haben aber den Anspruch, jedes
14 Mitglied in unserem Verband gleichberechtigt zu behandeln. Daher fordern wir den
15 Bundesvorstand auf, folgende Änderungen in den Statuten der Jusos vorzubereiten
16 und zur Abstimmung zu stellen:

17

- 18 1. Jeder Antrag, der an den Bundeskongress der Jusos gestellt wird, muss auch
19 bearbeitet werden. Das muss nicht zwangsläufig beim Bundeskongress
20 geschehen. Aber die Praxis, nicht geschaffte Anträge nicht zu behandeln, ist
21 eine Geringschätzung der Antragsteller_innen.
- 22 2. Die Einrichtung eines Ausschusses, der zwischen den Bundeskongressen tagt
23 und die nicht behandelten Anträge bearbeitet. Dieser Ausschuss muss aus
24 Delegierten aller Landesverbände bestehen und sich an den
25 Mehrheitsverhältnisse eines Bundeskongresses orientieren. Es ist darauf zu
26 achten, dass jedes Bundesland mindestens 2 Grundmandate, unabhängig von
27 der Anzahl der Mitglieder, erhält.
- 28 3. Die Reihung der Anträge auf dem Bundeskongress muss den Delegierten
29 überlassen werden. Dies soll durch das sogenannte Alex-Müller-Verfahren
30 festgelegt werden.



1 **A8**

2

3 AntragstellerIn: Mathias Rudolph

4

5 **Titel: Verpflichtung von Zugangsanbietern zur Zwangstrennung und**
6 **dynamischen Vergabe von IP-Adressen bei privaten Nutzer_innen**

7

8 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, SPD-
9 Bundestagsfraktion

10

11 Die Internetzugangsanbieter_innen sind gesetzlich zu verpflichten, den
12 Internetzugang von Privatnutzer_innen spätestens alle 24 Stunden zwangsweise zu
13 trennen. Weiterhin sind die Zugangsanbieter_innen zu verpflichten bei jedem
14 Verbindungsaufbau einer/s Privatnutzerin/Privatnutzers eine andere IP-Adresse zu
15 vergeben als die bei dieser/m Nutzer_in zuvor verwendete. Eine Ausnahme von
16 dieser Regel ist nur durch ausdrücklichen Wunsch der/s Nutzerin/Nutzers möglich
17 und muss unabhängig von anderen Vertragsbedingungen und dem eigentlichen
18 Vertragsabschluss zur Überlassung eines Internetzugangs erfolgen.



1 **A10**

2

3 AntragstellerIn: Stefan Kowanda

4

5 **Titel: Wie lange darf in Deutschland noch korrumpiert werden? - UN-**
6 **Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren**

7

8 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen,
9 Unterbezirksparteitag der SPD Dresden, Landesparteitag der SPD Sachsen,
10 Bundesparteitag der SPD, SPD-Bundestagsfraktion

11

12 Die nächste unter SPD-Beteiligung zustande gekommene Bundesregierung wird
13 aufgefordert, mit der Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag die UN-
14 Konvention gegen Korruption zu ratifizieren und den für die nötige Ratifizierung zu
15 ändernden Paragrafen 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) dahingehend
16 anzupassen.



1 **A11**

2

3 AntragstellerIn: AK Internationales (Moritz Neugebauer) und AK Integration (Maher
4 Arzouni)

5

6 **Titel: Antrag zur EU-Flüchtlingspolitik**

7

8 **Weiterleitung: ---**

9

10 Aufgrund der Flüchtlingsbewegungen die im Zuge der Aufstände in Nordafrika nach
11 Europa führen, fordern wir, der UB Dresden der Jusos, folgende Veränderungen der
12 EU-Flüchtlingspolitik:

13

- 14 1. Die Abschiebung/Rückführung von Asylbewerber_innen und Flüchtlingen darf
15 nur die Ausnahme sein. Vielmehr soll die Integration von Flüchtlingen und
16 Asylbewerber_innen in ihrem Aufnahmestaat ermöglicht werden.
- 17 2. Da bei der Aufnahme von Flüchtlingen Kosten entstehen können, müssen die
18 Staaten, die überdurchschnittlich viele Menschen aufnehmen, einen
19 solidarischen und zweckgebundenen Finanzausgleich erhalten. Dazu soll ein
20 klar definierter Verteilungsschlüssel erstellt werden, der sich an dem Anteil an
21 der EU-Gesamtbevölkerung der einzelnen EU-Staaten und der Anzahl
22 aufgenommenener Flüchtlinge orientiert.
- 23 3. Eine ernsthafte und gerechte Wirtschaftspolitik/- kooperation der EU
24 gegenüber und mit Afrika bzw. einen gerechten Warenhandel zwischen der
25 EU und den afrikanischen Staaten.



1 **A12**

2

3 AntragstellerIn: Hannah Gilles

4

5 **Titel: Seniorpartners in Schools e.V. (SiS) erhalten - Ehrenamtliche**
6 **Senior_innen-Arbeit an Schulen fördern**

7

8 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, SPD-
9 Landtagsfraktion Sachsen

10

11 Wir stellen uns klar hinter Projekte wie die SiS und betrachten den
12 Generationenaustausch und dieses pädagogisch und psychologisch wertvolle
13 Angebot als einen wichtigen Bestandteil des sozialdemokratischen Bildungsideals.
14 Wir fordern daher den Erhalt der Stelle der Mentorin der SiS Sachsen e.V. und das
15 Einrichten weiterer Mentor_innen-Stellen, sowie den Ausbau des Projekts mit dem
16 Ziel eine Mediating-Stelle an jeder Schule Sachsens einzurichten.



1 **A13**

2

3 AntragstellerIn: Hannah Gilles

4

5 **Titel: Oberstufenreformreform**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, SPD-
8 Landtagsfraktion Sachsen

9

10 Die sächsische Oberstufenreform wurde mit dem Ziel umgesetzt, Sachsens
11 Abiturient_innen mit einer größeren Allgemeinbildung an die Hochschulen und
12 Universitäten zu schicken. Dass jedeR alles gut kann, ist jedoch utopisch. Nach der
13 Oberstufenreform können die Schüler_innen nichts mehr abwählen und müssen alles
14 einbringen. Dabei ist die Wochenstundenanzahl allerdings unangetastet geblieben.
15 Dies bedeutet, dass weniger Wochenstunden für ein Fach zur Verfügung stehen,
16 während das im Lehrplan festgehaltene Pensum jedoch nicht verringert wurde. Also
17 weniger Zeit für gleichbleibende Arbeit und dadurch natürlich auch mehr Klausuren,
18 Tests und Hausaufgaben insgesamt. Bei einem solchen Leistungsdruck setzt
19 vielmehr das ausschließliche Lernen für den nächsten Test ein, als dass man etwas
20 vertieft lernt. Die Möglichkeit einer Spezialisierung auf bestimmte Gebiete wird
21 dadurch eingeschränkt.

22

23 Es gibt bei der sächsischen Oberstufenreform viele Schwachstellen und Probleme.
24 Am gravierendsten wirkt sich jedoch die Ausweitung der Arbeitsbelastung auf die
25 Schüler_innen aus, die selbst nach den Zielen des sächsischen Kultusministeriums
26 nicht notwendig ist. Daher widmet sich dieser Antrag nur dem Ziel diesen Aspekt zu
27 verbessern, ohne andere Bereiche der gymnasialen Oberstufe zu bewerten. Der
28 entstandene Leistungsdruck ist unnötig und erfüllt nicht die genannten Ziele des
29 Kultusministeriums. Die Schüler_innen können durchaus auch eine breite
30 Allgemeinbildung und naturwissenschaftliche Bildung erfahren ohne einen
31 verstärkten Leistungsdruck ausgesetzt zu werden, der ihnen nichts weiter bringt als
32 schlechtere Noten im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wir fordern die Rückkehr
33 zu den Regelungen, die vor der Oberstufenreform galten.



1 **A14**

2

3 AntragstellerIn: Franziska Wende

4

5 **Titel: Leitungswasser für das Dresdner Rathaus und den sächsischen Landtag**

6

7 **Weiterleitung:** SPD-Stadtratsfraktion Dresden, SPD-Landtagsfraktion Sachsen

8

9 Bei Empfängen, Sitzungen und anderen Veranstaltungen der Stadt Dresden
10 respektive des Freistaates Sachsen soll kein Wasser aus Flaschen angeboten
11 werden. Stattdessen kann stilles und mit Kohlensäure versetztes Wasser aus Krügen
12 angeboten werden.

13 Des Weiteren soll in öffentlichen Kampagnen der Stadt und des Freistaates für den
14 Konsum von Leitungswasser geworben werden.



1 **A15**

2

3 AntragstellerIn: Caroline Hühn

4

5 **Titel: Privatisierung kommunaler Krankenhäuser verhindern**

6

7 **Weiterleitung: ---**

8

9 Die Fraktionen von FDP und CDU im Dresdner Stadtrat planen seit längerem die
10 Privatisierung der beiden städtischen Krankenhäuser Dresden Neustadt und
11 Dresden Friedrichstadt.

12 Dies hätte vor allem zur Folge, dass die Tarifverträge ihre Gültigkeit verlieren.
13 Krankenschwestern und Pfleger würden schlechter bezahlt, andere Leistungen wie
14 Reinigung und Küche könnten ausgegliedert werden. Wir glauben, dass dies nur auf
15 Kosten der Qualität geschehen kann. Uns aber liegt eine bestmögliche Versorgung
16 der Patient_innen am Herzen. Einer Rechtsformänderung könnte leicht den Verkauf
17 folgen. Das Gesundheitssystem hat aber keine Ressourcen, Gewinne für Konzerne
18 zu generieren.

19

20 Die Jusos Dresden sprechen sich daher gegen die Rechtsformänderung aus. Falls
21 es zu einem Bürger_innenbegehren kommen sollte, erklären wir uns bereit, bei der
22 Sammlung der 21.000 benötigten Unterschriften mitzuwirken.



1 **A16**

2

3 AntragstellerIn: Caroline Hühn

4

5 **Titel: Konzept der Gemeinschaftsschule erhalten**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Landesparteitag
8 der SPD Sachsen

9

10 *„Unser gegliedertes Schulsystem ist ein Relikt des vordemokratischen*
11 *Ständestaates, der die Pfründe der Herrschenden und Besitzenden sichern wollte. In*
12 *der alten Bundesrepublik war es dann die Arroganz einer mit Fachkräften gut*
13 *versorgten Wirtschaft, die an einem herkunfts- und nicht leistungsbezogenen*
14 *Selektionsmechanismus in viel zu jungen Jahren festhielt. Es war keine gute Idee,*
15 *diesen Systemfehler nach der Friedlichen Revolution auf Sachsen zu übertragen.“¹*
16 *„Das Aussortieren der Kinder nach der vierten Klasse muss der Vergangenheit*
17 *angehören. Die Zukunft gehört der Gemeinschaftsschule. Sie ist der beste*
18 *Ausgangspunkt für eine berufliche Perspektive oder eine gymnasiale Ausbildung*
19 *nach der zehnten Klasse.“²*
20

21 Diesen Grundsätzen der Bildungspolitik hat sich die SPD Sachsen verpflichtet. Das
22 neue Konzept zur Gemeinschaftsschule der Landtagsfraktion weicht allerdings davon
23 ab: Die Kinder sollen wie bereits nach der 4. Klasse getrennt werden. Ein längeres
24 *gemeinsames* Lernen findet also nicht statt.

25

26 Wir wollen, dass die Fraktion zum alten System zurückkehrt: Mindestens acht Jahre
27 gemeinsames Lernen, erst danach erfolgt die Aufteilung in Gymnasium oder
28 Mittelschule.



1 **A17**

2

3 AntragstellerIn: Unterbezirksvorstand der Jusos Dresden

4

5 **Titel: Verbesserung der Kommunikation bei den Jusos Sachsen**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen

8

9 Der Landesvorstand der Jusos Sachsen wird beauftragt, alle Unterbezirks- und
10 Kreisvorsitzenden der Jusos in Sachsen in den Landesvorstand zu kooptieren und in
11 den E-Mail-Verteiler des Landesvorstands aufzunehmen.



1 **A18**

2

3 AntragstellerIn: Unterbezirksvorstand der Jusos Dresden

4

5 **Titel: Arbeitsfähigkeit sichern – Legislatur verkürzen**

6

7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen

8

9 Der Landesvorstand der Jusos Sachsen wird beauftragt, die Richtlinien der Jusos
10 Sachsen wie folgt zu ändern:

11

12 Streiche:

13

14 §7 Landesvorstand

15 (1) Dem auf zwei Jahre gewählten, stimmberechtigten Landesvorstand gehören an:

- 16 • ein/e Landesvorsitzende/r,
- 17 • zwei Stellvertretende/r Landesvorsitzende/r und
- 18 • maximal sechs Beisitzer/innen.

19

20 Und ersetze durch:

21

22 §7 Landesvorstand

23 (1) Dem auf ein Jahr gewählten, stimmberechtigten Landesvorstand gehören an:

- 24 • ein/e Landesvorsitzende/r,
- 25 • zwei Stellvertretende/r Landesvorsitzende/r und
- 26 • maximal sechs Beisitzer/innen.



1 **R1**

2
3 AntragstellerIn: Hannah Gilles

4
5 **Titel: Inklusion**

6
7 **Weiterleitung:** Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Landesparteitag
8 der SPD Sachsen

9
10
11 Wir fordern die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
12 und setzen uns in allen Bereichen gemäß dem Ideal einer inklusiven Gesellschaft
13 ein.

14 Eine inklusive Gesellschaft umschließt jedes Individuum im gleichen Maße, jedeR
15 muss die Möglichkeit haben sich frei zu entfalten und darf dabei nicht von Außen
16 eingeschränkt und behindert werden. Der "volle und gleichberechtigte Genuss aller
17 Menschenrechte und Grundfreiheiten", sowie "die Achtung der ihnen innewohnenden
18 Würde" (Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention) muss besonders für
19 behinderte Menschen, die auch zusätzlich von den Barrieren in der Gesellschaft
20 behindert werden, gefördert, geschützt und gewährleistet werden. Wir stellen uns
21 gegen "jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von
22 Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung
23 mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte
24 und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen,
25 bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird." (Art. 2
26 UN-BRK) Wir akzeptieren alle im Artikel 3 UN-BRK aufgezählten Grundsätze als
27 unsere eigenen: die Achtung der Würde, inneren Autonomie, Entscheidungsfreiheit,
28 Unabhängigkeit, Nichtdiskriminierung, Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft,
29 Achtung der Unterschiedlichkeit, Akzeptanz von Behinderten als Teil menschlicher
30 Vielfalt, Chancengleichheit, Zugänglichkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau,
31 Recht auf Wahrung der Identität von Kindern und Achtung deren
32 Entwicklungsfähigkeit.

33
34 Dazu legen wir verstärkt unser Augenmerk darauf, dass nicht gesunde, arbeitsfähige
35 Menschen den Schwerpunkt der politischen Arbeit für die Gesellschaft ausmachen,
36 sondern verstärkt auf Kinder, Behinderte, Kranke und Ältere geachtet werden muss -
37 an sie sind unsere Infrastrukturen zumeist nicht angepasst. Die Jusos Dresden
38 setzen sich besonders für folgende Punkte ein:

39
40 1. Wir brauchen - wie unter Art. 24, Abs. 1 UN-BRK gefordert - ein inklusives
41 Schulsystem. Das heißt, dass jedes Kind an jeder Schule lernen können muss. Die
42 Behauptung unser mehrgliedriges Schulsystem nehme jeden (entsprechend seinen
43 Leistungen) auf und erfülle schon damit die Bedingungen des Art. 24 der UN-BRK,
44 hat nichts mit Inklusion zu tun und wird von uns strikt abgelehnt. Es geht nicht
45 darum, behinderten Schüler_innen zugewiesene Plätze zu geben, aus denen sie
46 nicht mehr herauskommen, sondern ihnen den Weg zur Selbstständigkeit und freien
47 Entfaltung zu öffnen. Die Schulwahl gehört zu den Freiheiten aller Menschen und
48 darf nicht aufgrund von Behinderungen eingeschränkt werden. Für behinderte Kinder



49 gedachte Förder- und Sonderschulen sind meist nur mit langen Wegen erreichbar
50 und schotten sie ab - sie sind in einer nahezu homogenen Umgebung und haben
51 keine Chance sich sehr viel weiter zu entwickeln und anderes kennenzulernen. Sie
52 entsprechen daher nicht dem Artikel 26 UN-BRK (Habilitation und Rahabilitation), der
53 besagt, dass auf allen Ebenen frühstmöglich mit der Rehabilitation in die
54 Gesellschaft begonnen werden muss, mit dem Ziel der Selbstständigkeit. Außerdem
55 gehören sie damit nicht zu dem von uns angestrebten Bildungssystem. Das heißt
56 allerdings nicht, dass wir die dort geleistete Arbeit verwerfen. Wir stehen lediglich für
57 eine Verlagerung der pädagogischen Ressourcen an Grund- und Mittelschulen,
58 sowie Gymnasien, bzw. eine Öffnung der Förder- und Sonderschulen für nicht-
59 behinderte Kinder. Bei unserem Ideal - der Gemeinschaftsschule - gilt: eine Schule
60 für alle! Aber auch im aktuellen mehrgliedrigen Schulsystem, kann dieser Schritt
61 getan werden, indem man jede Schule für jedes Kind öffnet, egal ob Gymnasium,
62 Mittel- oder Grundschule, KiTa oder Förderschule und egal ob behindert oder nicht.
63 Hierbei dürfen keine exkludierenden Klassen entstehen, sondern die Kinder müssen
64 wirklich zusammen lernen können. Behinderte Kinder lernen so besser und nicht-
65 behinderte Kinder lernen - wie Studien zeigen - nicht schlechter. Hinzu kommt, dass
66 die sozialen Kompetenzen und die Selbstständigkeit der Kinder (ob behindert oder
67 nicht) geschult werden und sie ein anderes Bild von Gemeinschaft erfahren und
68 leben. Diese soziale Erfahrung sehen wir, genauso wie die UN-BRK im Art. 24, Abs.
69 1b als Ziel: "mit dem Ziel [...] die Achtung vor den Menschenrechten, den
70 Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken"

71
72 Das gemeinsame Lernen ist schwer mit Frontalunterricht umsetzbar, es gibt aber
73 viele Methoden und reformpädagogische Ansätze mit denen man dies ähnlich gut
74 bewerkstelligen kann. Diese Entscheidung muss in die Hand der Lehrer_innen und
75 Schulen gelegt werden. Die nötigen Ressourcen müssen dahin verschoben werden,
76 wo sie gebraucht werden. Dazu gehören zusätzliche finanzielle Mittel, angemessen
77 kleine Personalschlüssel, entsprechende Lehr- und Lernmittel und Pädagog_innen
78 mit der nötigen Ausbildung bzw. entsprechende Weiterbildungen für diese.

79
80 2. Wir brauchen einen "gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu
81 Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und
82 Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und
83 Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen
84 oder für sie bereitgestellt werden". (Art. 9, UN-BRK) Barrierefreiheit kann nicht sofort
85 entstehen, hierfür ist ein langer Weg der stetigen Barrierereduzierung notwendig und
86 viele Punkte müssen bedacht werden. Wir setzen es uns allerdings zum Ziel immer
87 wieder darauf aufmerksam zu machen, wenn Barrierefreiheit nicht besteht und
88 setzen uns politisch dafür ein, sie zu erwirken.

89
90 Von Barrieren sind besonders Menschen mit Einschränkungen im Bereich Gehen,
91 Hören, Sehen und Verstehen betroffen, aber auch übergewichtige, kranke und
92 Menschen. Wir sind uns darüber bewusst,

- 93 • dass es an jeder Straße abgesenkte Bordsteine geben muss,
- 94 • dass diese nicht bei besonderen Gelegenheiten blockiert werden dürfen (z.B. durch
95 Stände bei Straßenfesten) und im Winter beräumt werden müssen,



- 96 • dass die Bodenbeläge für Rollstühle und Kinderwagen geeignet sein müssen,
97 • dass es an wichtigen Punkten Bodenmarkierungen für sehbehinderte Menschen
98 gibt,
99 • dass besonders öffentliche Gebäude, aber auch neue Wohn- und Geschäftshäuser
100 für Menschen mit Mobilitätsbehinderungen, insbesondere Rollstuhlfahrer_innen,
101 zugänglich gemacht werden müssen,
102 • dass Drehkreuze in Supermärkten für Menschen mit Behinderungen und
103 übergewichtige Menschen hinderlich sind und daher abgeschafft werden sollten,
104 • dass es in öffentlichen Gebäuden und neuen Wohn- und Geschäftshäusern breite
105 Türen geben muss, damit übergewichtige Menschen und Rollstuhlfahrer_innen durch
106 kommen,
107 • dass öffentliche Toiletten generell für Rollstuhlfahrende geeignet sein sollten, die
108 dafür angebrachten Griffe sind auch für Alte, Kranke und Übergewichtige nützlich,
109 diese Toiletten sollten genauso gut erreichbar sein, wie es andere Toiletten bisher
110 sind und nicht im letzten Winkel eines Gebäudes zu finden sein,
111 • dass öffentlich zugängliche Gebäude einen Fahrstuhl bzw. eine andere
112 barrierefreie Lösung besitzen müssen und dies auch bei neuen Gebäuden
113 erstrebenswert ist, auch dies hilft kranken, körperlich behinderten, übergewichtigen
114 und älteren Menschen gleichermaßen,
115 • dass es in Fahrstühlen und öffentlichen Verkehrsmitteln Durchsagen und Anzeigen
116 gibt, welche darüber informieren, wo man sich befindet und wo man hin fährt - auch
117 dies hilft nicht nur sehbehinderten Menschen, sondern auch Ortsfremden
118 • dass öffentliche Verkehrsmittel stufenfrei sein müssen oder wenn dies nicht möglich
119 ist über entsprechende Zugangs-Hilfsmittel verfügen müssen und auch für
120 behinderte Menschen Ermäßigungen anbieten um dem Mobilitätsanspruch Folge zu
121 leisten

122
123 3. Wir müssen selbst inkludierend werden. Die Tagungsorte der Jusos Dresden
124 waren bisher selten barrierefrei oder -reduziert. Dieses Problem ist uns bewusst. Das
125 Angebot an Behinderte, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen und so politisch
126 zu partizipieren, wie es auch im Art. 29 gefordert wird, darf nicht darunter leiden.
127 Daher muss immer die Möglichkeit bestehen, zu einem barriere reduzierten
128 Sitzungsort zu wechseln, wenn Bedarf besteht. Auch wir sollten behinderten
129 Menschen uneingeschränkt "die Möglichkeit [politische Rechte] gleichberechtigt mit
130 anderen zu genießen" bieten. Dazu gehört auch eine barrierefreie Homepage. In der
131 BRK ist die Rede davon, dass die Wahlmaterialien u.a. "leicht zu verstehen und zu
132 handhaben" sein müssen. Wir setzen uns das gleiche Ziel für unsere
133 Veranstaltungen: Politik ist kein Privileg der hoch gebildeten, sondern muss für jeden
134 offen sein. Wir bemühen uns um eine durchsichtige Verbandsarbeit und schlichte,
135 gut verständliche Wortwahl bei Veranstaltungen. Es liegt uns besonders am Herzen
136 politische Bildungsveranstaltungen so zu halten, dass sie dem Grundsatz des
137 lebenslangen, gleichberechtigten Lernens von Behinderten entsprechen.
138 Wir sehen Inklusion als ein wesentliches Ziel unserer politischen Arbeit und
139 thematisieren sie dauerhaft, auch um die Barrierefreiheit in unserem Denken zu
140 erreichen.

141
142 4. Wir stellen uns klar gegen das in der Schule, den Medien, der Wirtschaft und der
143 Medizin vermittelte Bild, Menschen mit Behinderungen seien minderwertig. Wir



144 glauben, dass sie unter ihren Einschränkungen leiden, nicht aber so stark, wie unter
145 den gesellschaftlichen Barrieren. Wir sehen behinderte Menschen genauso als zu
146 wertschätzende Individuen an, wie alle anderen Menschen auch. Das Selbe gilt
147 selbstverständlich auch für Kranke und Ältere. Wir wollen keine Gesellschaft, in der
148 Randgruppen existieren, wir wollen auch keine Gesellschaft, aus der viele Individuen
149 ausgeschlossen werden. Die Integration einzelner Menschen oder Gruppen ist ein
150 guter Ansatz um auch deren Belange ernst zu nehmen. Sie aber nur einer
151 Gesellschaft hinzufügen zu wollen, entspricht nicht ihrer natürlichen Menschenwürde.
152 Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Individuen, unabhängig
153 von Kategorien, wie Sex, Gender, Behinderung, Krankheit, Herkunft, Aussehen,
154 Religion oder Alter, von Anfang an dazu gehören. Wir wollen keine Sonderfälle und
155 Ausnahmen für einzelne Gruppen hinzufügen, sondern sie von Anfang an in unser
156 politisches Vorgehen einbeziehen und sie damit auch durchgängig beachten.



1 **R2**

2
3 AntragstellerIn: Benjamin Kümig

4
5 **Titel: Keinen Schritt weiter! – Polizeiwillkür Riegel vorschieben! – CDU-**
6 **Hardliner stoppen!**

7
8 **Weiterleitung: ---**

9
10 Wir Dresdner Jusos stellen uns entschieden gegen die neuerliche skandalöse
11 Datensammelwut der sächsischen Ermittlungsbehörden. Im Zuge der zweifelhaften
12 Ermittlungen rund um den 19. Februar diesen Jahres hat die Polizei mit
13 Unterstützung der Staatsanwaltschaft und unter Billigung des Innenministeriums am
14 Tag selbst 138.630 Mobilfunkdaten eines ganzen Stadtteils erfasst und ausgewertet.
15 Bereits davor wurden 896.072 Datensätze gesammelt, die zu Ermittlungen wegen
16 Bildung einer kriminellen Vereinigung benutzt werden. Das kommt einer
17 Rasterfahndung gleich, die bisher nur zu Ermittlungen gegen Sexualstraftäter_innen
18 und Angriffe auf die Albertstadtkaserne angewendet wurde. Im Bereich der
19 Südvorstadt und weiteren Teilen Dresdens wurden Handydaten von AnwohnerInnen,
20 TouristInnen, PolitikerInnen, DemonstrantInnen gleichermaßen erfasst und
21 gespeichert. Sinn und Zweck der Maßnahme wurden bisher nicht erläutert.
22 Stattdessen werden Szenarien konstruiert, die nicht einmal annähernd eine solche
23 Vorgehensweise rechtfertigen. Solch massive Einschränkungen der originären
24 BürgerInnenrechte sind bisher nur aus Diktaturen bekannt – und eben aus Sachsen.

25
26 Bereits im letzten Jahr wurden im Zuge von Ermittlungen zu brennenden
27 Bundeswehrfahrzeugen in der Albertstadtkaserne mehr als 160.000 Kassenbelege
28 von OBI-KundInnen gesammelt und gespeichert. Ein Umzugskarton selbiger
29 Baumarktkette im Tatbereich scheint auszureichen, um die KundInnen eines großen
30 Baumarkts in Dresden unter Generalverdacht zu stellen. Gleiches gilt für die
31 Dresdner Südvorstadt am 19. Februar. Wer sich in diesem Bereich Dresdens
32 aufhielt, war und ist verdächtig. Die bloße Anwesenheit in einem Viertel Dresdens
33 scheint Verdachtsmoment genug zu sein, um in die Grundrechte der BürgerInnen
34 einzugreifen und ein genaues Bewegungsprofil zu erstellen. Das Innenministerium
35 will von all dem nichts gewusst haben. Das ist mehr als verwunderlich, war doch
36 Innenminister Ulbig gemeinsam mit dem sächsischen Landespolizeipräsidenten
37 Merbitz am Tag selbst als Beobachter in der Südvorstadt unterwegs und im regen
38 Austausch. Auch in mehreren Ausschusssitzungen wurde das Agieren der Polizei am
39 19. Februar thematisiert. Nun scheinen zwei Szenarien denkbar:

40
41 1.: Die Jusos Dresden fordern die Einsetzung eines parlamentarischen
42 Untersuchungsausschusses. Die entstandenen Datensätze sind nur von diesem
43 einzusehen und nach Beendigung seiner Arbeit rückstandslos zu löschen.

44
45 2.: Innenminister Ulbig und Landespolizeipräsident Merbitz wussten über die
46 Maßnahme Bescheid, haben sie angeordnet und abgesegnet.

47



1 3.: Innenminister Ulbig wurde vom Landespolizeipräsidenten Merbitz nicht informiert,
2 es wurde an ihm vorbei agiert und er hat es nicht als nötig erachtet, sich entgegen
3 seiner Beteuerungen kritisch mit dem Agieren aller Beteiligten an diesem Tag
4 auseinanderzusetzen.

5
6 Egal welche dieser Einschätzungen zutrifft: Innenminister Ulbig ist nicht mehr
7 tragbar! Sollte er Kenntnis von diesen Maßnahmen gehabt haben, hätte er
8 intervenieren müssen. Sollte er keine Kenntnis dieser Maßnahmen gehabt haben,
9 hätte er zumindest im Nachhinein die Vorgänge kritisch prüfen müssen. Beides ist
10 nicht geschehen. Ulbig macht sich zum Handlanger der Datensammler, Ulbig
11 schränkt als Innenminister bewusst Grundrechte ein oder nimmt dies billigend in
12 Kauf. Wir sind der Meinung: Ulbig handelt verantwortungslos. Er ist nicht geeignet für
13 seinen Job. Landespolizeipräsident Merbitz ist nicht kontrollierbar, schwingt sich zum
14 Sheriff für Sachsen auf, der in Wild-West-Manier die demokratischen Wege verlässt
15 und Gesetze biegt soweit es geht. Wir sagen; auch er hat wiederholt den Beweis
16 erbracht, dass er der Falsche für diesen Job ist. Merbitz und Ulbig schaden den
17 BürgerInnen, sie müssen gehen!